

Neu-Isenburger Umweltverbände gegen die geplanten Freihandelsabkommen

Umwelt und Verbraucher bleiben auf der Strecke

Die Freihandelsabkommen CETA (mit Kanada) und TTIP (mit den USA) bringen Abhängigkeiten von der Großindustrie, machen uns Verbraucher zu Konsumsklaven und zerstören Erreichtes in Sachen Natur- und Umweltschutz! Dies ist die Meinung der Umweltverbände **NABU, BUND** und **HGON**, auch in Neu-Isenburg.

Rund 150 Organisationen, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) haben gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA erhebliche Bedenken angemeldet. Ziel ist es, EU-weit so viele Unterschriften zu sammeln, um noch Einfluss zu nehmen. Sowohl das geplante Abkommen mit den USA als auch das mit Kanada sind in ihrer jetzigen Form ein Desaster für Mensch und Natur.

Hinter verschlossenen Türen wird über die Abschaffung von Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitnehmerstandards gefeilscht, die in der Vergangenheit mühsam und vollkommen zu Recht aufgebaut wurden. Wir fürchten bei Inkrafttreten der Abkommen eine Schwächung des Umwelt- und Naturschutzes.

Treibende Kraft in den Verhandlungsgesprächen sind rein wirtschaftliche Interessen. Soziale und ökologische Standards gelten den Unterhändlern als Hemmschuh des Handels – und nicht als der Garant für eine nachhaltige und gesunde Entwicklung, wie es eigentlich sein sollte.

So könnten sich künftig Produkte und Verfahren auf dem EU-Markt durchsetzen, die keinesfalls den derzeitigen EU-Normen entsprechen: der Einsatz von Hormonen bei der Fleischerzeugung etwa oder die Behandlung von Geflügelfleisch mit Chlor.

Auch die amerikanische Chemikaliengesetzgebung TSCA ist viel laxer als die EU-Chemikalienverordnung REACH. Während die EU-Kosmetik-Verordnung rund 1.300 Chemikalien verbietet, untersagt die US-Gesetzgebung gerade einmal die Verwendung von elf Stoffen.

Mit CETA droht auch TTIP durch die Hintertür: US-Konzerne mit kanadischen Niederlassungen wie Exxon oder Monsanto können den CETA-Vertrag nutzen, um gegen europäische Staaten, Bundesländer und Gemeinden in Schadensersatzklagen vorzugehen. Dabei geht es um unsere Steuergelder!

Und selbst die Energiewende droht unterwandert zu werden, wenn Fracking-Gas aus den USA und Kanada ohne Hürden importiert würden, statt auf regenerative Energien in Europa zu setzen.

Wir Verbände wünschen daher andere Handelsabkommen beiderseits des Atlantiks. Diese sollten alternative und nicht fossile Energien fördern, eine nachhaltige Landwirtschaft und keine genveränderten Monokulturen stärken, sowie die Verbraucherinteressen stärken anstatt Kennzeichnungspflichten aufzuheben. Jedes neue aus den Geheimverhandlungen bekannt gewordene Dokument bestätigt unsere Befürchtungen, dass

TTIP und CETA Wirtschaftsräume schaffen sollen, die all diese Anforderungen missachten.

In der Bundesregierung ist die SPD noch bemüht, gerade den Investitionsschutz einzugrenzen. Sicher ist eine Veränderung aber überhaupt nicht. Es gilt zu überlegen, wie noch Einfluss genommen werden kann, auf den weit fortgeschrittenen Prozess der Verhandlungen. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas ihren Unmut gegen die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zeigen. Denn wem der Schutz von Umwelt und Natur am Herzen liegt, der muss sich gegen TTIP und CETA wehren.

Wenden Sie sich an Ihre Politiker, beteiligen Sie sich an Unterschriftenaktionen. Zum Beispiel auf www.stop-ttip.org oder auch unter www.campact.de, dort werden Unterschriften in den EU-Mitgliedstaaten gesammelt. Es gibt auf den Seiten Informationen über die Initiativen sowie die beiden Abkommen.

Heinz Kapp (für die drei Verbände NABU, BUND und HGON)



„Chlorhähnchen“ auf dem Wochenmarkt?

Der **Isenburger** spricht mit Heinz Kapp vom NABU über drohende lokale Auswirkungen durch die umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Was können die äußerst umstrittenen transatlantischen Freihandelsabkommen CETA und TTIP dem kleinen Neu-Isenburg bescheren? Etwa Chlorhähnchen und Gengemüse auf dem Wochenmarkt! Heinz Kapp schwant nichts Gutes. Der Vorsitzende des NABU-Ortsverbands fürchtet nicht nur gravierende Einschnitte bei den Lebensmittelvorschriften. Auch die Umweltpolitik in der Region könne künftig nur noch eine einzige Farce sein – und, und, und. Der **Isenburger** sprach mit

Kapp über das drohende Szenario. Der Neu-Isenburger NABU-Mann zieht mit Maria Kämper (BUND) und Ernst Böhm (HGON) an einem Strang. Die drei Verbände haben gemeinsam die obenstehende Erklärung verabschiedet.

Können die Kunden des Wochenmarkts in der Bahnhofstraße künftig unwissend Grillhähnchen kaufen, die nach dem fließband-



mäßigen Schlachten zum Desinfizieren erst mal in ein Chlorbad eingetaucht worden sind – in den USA gang und gäbe?

Kapp: Wenn man die geplante Anpassung unserer strengen Lebensmittelvorschriften an amerikanische Standards einfach so hinnehmen würde, könnte das so kommen. Denn das Verkaufen von Produkten, die aufgrund unserer Gesetze nicht zugelassen sind, ließe sich in unseren Läden und Märkten nicht mehr verhindern. Das wäre nur mit dem Risiko einer Klage gegen Gemeinde, Land oder Bund möglich. Ich denke nicht nur an Hähnchen, die mit Chlor behandelt werden, sondern auch an synthetische Weine, Genmais, Gengemüse und so weiter.

Also nicht mehr: „Der Kunde ist König.“?



Kapp: So kann man das sagen. Auch Kennzeichnungspflichten, die unsere Gesetze vorschreiben, wären nicht mehr durchsetzbar, weil sie Handelshemmnisse sind – egal, was deutsche Gerichte befinden sollten. Als Beispiel nenne ich einen Schokoriegel, der in einem Neu-Isenburger Laden angeboten wird. Auf der Verpackung müssten dann gentechnisch veränderte Zutaten nicht mehr gekennzeichnet sein – wie in Kanada und den USA schon üblich.

Dann bietet sich wohl nur als Alternative der kleine Laden an, der regionale Produkte verkauft . . .

Kapp: Eine Kampagne, die das Kaufen regionaler Produkte oder fair gehandelter Waren durchsetzen will, würde dann nicht mehr gehen. Dabei fällt mir der Weltladen Neu-Isenburg in der Lessingstraße unweit des Bürgeramtes ein. Die kommunale Unterstützung eines Dritte-Welt-Ladens, der so erfolgreich wäre, dass Großkonzerne ihre Gewinne geschmälert sähen, hätte theoretisch das Risiko einer Klage von Handelsriesen gegen die Stadt. So könnten die Rechte der kleinen Geschäftsleute und Verbraucher ausgehebelt werden.

Was können CETA und TTIP für die Kommunalpolitik bedeuten?



Kapp: Eine Stadtverordnetenversammlung, die private Dienstleistungen wie den Busverkehr, ein Krankenhaus, ein Wasserwerk und dergleichen mehr privatisiert hätte, könnte das aufgrund einer demokratischen Entscheidung, eines Parlamentsbeschlusses, nicht einfach mehr rückgängig machen. Ganz abgesehen vom dann viel höheren Rückkaufswert, kämen dann millionenschwere Klagen auf die Kommune zu. Mit Klagen müsste man auch in der Umweltpolitik rechnen.

Warum?

Kapp: Umweltgesetze und Parlamentsentscheidungen würden bei entgegenstehenden Wirtschaftsinteressen erst gar nicht mehr umgesetzt, eben deshalb nicht, weil Klagen drohen würden. Einen vergleichbaren Fall gibt es schon: Vattenfall verklagte Deutschland wegen Umweltauflagen für ein Kohlekraftwerk. Die Auflagen wurden zurückgenommen! Ebenfalls Vattenfall verklagt die Bundesrepublik wegen des abrupten, rechtlich laienhaft durchgeführten Atomausstieges auf 3,7 Milliarden Euro.

Beispiele aus der Region?

Kapp: Ja; Fracking könnte eingeklagt werden, auch hier bei uns südlich des Mains – und dies gegen kommunale und Landesabsichten. Im Hessischen Ried könnte man Natur, Landschaft und Landwirtschaft zerstören, um für einige Jahre die Tiefe auszubeuten. Damit nicht genug: Treibstoffe aus Öl-Sand, die um ein Viertel klimaschädlicher sind als normal geförderter Mineralstoff, könnten nicht mehr mit Gesetzen außer Landes gehalten werden. Über den Investitionsschutz der Abkommen werden neue Privilegien für Großkonzerne, gegen die Bürger, gegen die Gemeinde, gegen Naturschutzfestlegungen, gegen Verbraucherrechte und Gesundheitsschutz wirksam. Vertraglich unumkehrbar. Darüber wird zwar

augenblicklich geredet, aber gestrichen ist der Investitionsschutz bisher nicht.

Alles gegen die Interessen der Bürger und Kommunen . . .

Kapp: So ist es. So wären etwa Klagen wegen Nichteinhaltung von Mindestlöhnen hoffnungslos. Wenn ich dagegen als Neu-Isenburger im Norden die Skyline in Frankfurt sehe, dann wird mir bewusst, dass die Regulierung der mächtigen Geldhäuser künftig fraglich wäre. Gerade die Banken, die uns mit ihren Spekulationen so unendlich viel Steuergeld gekostet und wirtschaftliche Probleme ausgelöst haben. Auch hier müsste mit Klagen gerechnet werden gegen dringend notwendige Regulierung.

Jede Menge zu tun für Anwaltskanzleien?

Kapp: So kann es kommen. Großkonzerne können klagen, wenn sie durch Gesetze und Vorschriften, die heute noch gar nicht ausgedacht sind, aber dann einmal demokratische Absicht sein sollten, in ihren Gewinnen geschmälert werden. Bezahlen muss es dann letztlich der Steuerzahler – wir. Das Unglaubliche ist, dass dann keine Gerichte entscheiden, sondern private Anwälte von Wirtschaftskanzleien in einem Schiedsverfahren. „Alle Macht den Großkonzernen und ihren Anwälten“ wäre dann die Folge – nur noch Demokratie im Rahmen von Entscheidungen nach wirtschaftlichen Vorgaben. Abgesehen von der Einschränkung demokratischer Entscheidungen, würde Strafgeld die Haushalte belasten. Das Steuergeld würde fehlen und zu Einschnitten führen im Sozial- und Umweltbereich, wo meist zuerst gekürzt wird.

Infobox

CETA ist die Abkürzung von „Comprehensive Economic and Trade Agreement“, dem „umfassendem Wirtschafts- und Handelsabkommen“ zwischen Kanada und der EU. Das hinter verschlossenen Türen geschmiedete Konzept für das Freihandelsabkommen wurde Ende September veröffentlicht und muss noch vom Europäischen Parlament und Rat, allen EU-Ländern und den Kanadiern genehmigt werden.

TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA, der EU und einigen weiteren Ländern, darunter EU-Beitrittskandidaten. Die Verhandlungen werden seit 2013 – an den Parlamenten vorbei – geheim geführt. Gegen TTIP und CETA wird europaweit protestiert, weil das ganze Prozedere für Bürger und Parlamentarier alles anderes als transparent ist und die Auswirkungen auf jeden Einzelnen überhaupt nicht abzusehen sind.